

Bericht

des Kulturausschusses

über die Drucksache

**20/931: Die Hamburger Museen
(Große Anfrage Fraktion DIE LINKE)**

und die

Selbstbefassung mit dem Thema:

**„Konzept Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH) sowie
Eckpunktepapier SHMH der Kulturbehörde“**

Vorsitz: **Norbert Hackbusch**

Schriefführung: **Gabi Dobusch**

I. Vorbemerkung

Die Drs. 20/931 war dem Kulturausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE am 25. August 2011 durch Beschluss der Bürgerschaft überwiesen worden. Zugleich beschloss der Ausschuss am 20. September 2011 die Selbstbefassungsangelegenheit mit dem Thema: „Konzept Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH) sowie Eckpunktepapier SHMH der Kulturbehörde“ gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft. Beide Vorlagen wurden in der Sitzung des Kulturausschusses am 20. September 2011 abschließend beraten.

II. Beratungsinhalt

Der Vorsitzende erläuterte eingangs, Grundlage der Beratung seien die von der Kulturbehörde überreichten Unterlagen: Konzept Stiftung Historische Museen (SHMH) vom 22. Juni 2011 und Eckpunktepapier SHMH der Kulturbehörde sowie die Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE, Drs. 20/931. Er schlug vor, dass der Ausschuss zunächst die SHMH thematisiere und zugleich Aspekte der Großen Anfrage, die das Stiftungsthema berührten, einbeziehe. Im Anschluss daran könnten die übrigen Themenkomplexe der Großen Anfrage erörtert werden. Des Weiteren regte er an, für die Beratung des Themas eine Struktur festzulegen.

Zur inhaltlichen Fragestellung führte er aus, der Kulturausschuss diskutiere das Thema SHMH seit Jahren. Im vergangenen Jahr habe es im Zusammenhang mit der drohenden Schließung des Altonaer Museums einen krisenhaften Höhepunkt gegeben. Die Schließung des Altonaer Museums als Teil der SHMH sei seinerzeit vom Vorgängerensat als Lösung für die jahrelange Unterfinanzierung der Stiftung präsentiert worden und glücklicherweise im Rahmen des „Kulturgipfels“ abgewendet worden. Aus diesen Ereignissen heraus sei Frau Prof. Dr. Kirsten Baumann beauftragt worden, ein Konzept für die Weiterentwicklung der SHMH zu erstellen.

Er stellte fest, seitdem habe es trotz erster Lösungsansätze und Ideen keine Weiterentwicklung gegeben. Dies sei sehr bedauerlich und führe dazu, dass strukturelle Probleme unter einem gewissen Druck erneut behandelt werden müssten. Die Bürgerschaft habe ein großes Interesse daran, dass die offenen Fragen gelöst würden. Er bat die Kulturbehörde um eine Einschätzung zum Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann und erkundigte sich, ob das Dokument öffentlich sei. Zudem wollte er wissen, welche Bedeutung dem Eckpunktepapier der Kulturbehörde zukomme und ob diese Vorlage öffentlich sei. Daraus folge die Frage, in welcher Abfolge das Thema durch die Kulturbehörde bearbeitet werde und wann dem Kulturausschuss konkrete Vorschläge unterbreitet würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter merkten zunächst an, sie würden beide Dokumente durch die Übergabe an den Kulturausschuss sowie die Diskussionen im Stiftungsrat und in der Öffentlichkeit als öffentlich ansehen. Zum Konzept erklärten sie, dieses böte eine sehr gute Grundlage für die konstruktive Weiterentwicklung der SHMH. Das Konzept leiste eine Darstellung der Entwicklung der letzten Jahre und eine Analyse der Bestandssituation in den Häusern der Stiftung. Es zeige zudem auf, wie eine Neustrukturierung der SHMH umgesetzt werden könne. Die weitreichenden und visionären Schlussfolgerungen des Konzepts seien zwar hilfreich, könnten aber vor allem aufgrund der finanziellen Implikationen nicht vollständig verwirklicht werden. Zum Eckpunktepapier führten sie aus, dieses solle den Rahmen definieren, in dem eine Neustrukturierung vorstellbar sei. Zugleich sei beabsichtigt worden, eine Akzentuierung der Diskussion vorzunehmen und die zu erörternden beziehungsweise strittigen Punkte herauszuarbeiten. Sie berichteten, der Stiftungsrat habe zwei wesentliche Punkte, die für die zukünftige Neustrukturierung zentral seien, hervorgehoben. Die Stiftung solle als Gesamtstiftung erhalten bleiben, um die Stadtgeschichte Hamburgs wirkungsvoll erzählen zu können, wobei die Gestaltungsmöglichkeiten der Häuser im Sinne einer Profilschärfung und in Teilen auch einer Profilbildung zwingend beibehalten werden sollten. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter verdeutlichten, dieser Punkt sei zentral, weil die einzelnen Museen unter einem Gesamtdach nicht ihre Kentlichkeit verlieren dürften. Diesem Thema müsse auf jeden Fall Beachtung geschenkt werden. Darüber hinaus habe sich der Stiftungsrat dem Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann dahingehend angeschlossen, dass die Einführung einer übergeordneten Stiftungsleitung sinnvoll sei. Die bisherige Konstruktion eines rotierenden Vorstands sei in Einzelfällen konfliktbesetzt gewesen. Die Diskussion im Stiftungsrat sei auch deswegen noch nicht abgeschlossen, weil sowohl der Personalrat als auch der Vertreter der Freundeskreise deutlich gemacht hätten, dass sie sich noch nicht abschließend äußern könnten. Sie fügten hinzu, seit gestern läge ihnen eine umfangreiche Stellungnahme des Personalrates vor.

Ein weiteres Thema sei das Hafenumuseum. Der Hafen bilde in den Museen eine zentrale Metapher für Hamburg, sodass überlegt werden müsse, in welcher Form dies eine Entsprechung in den Profilen der einzelnen Häuser finde. Zukünftig müsse eine Balance zwischen der Wirksamkeit der einzelnen Häuser, der Wirksamkeit als Museum mit der originären Aufgabe Sammeln, Forschen, Bewahren und der Wirksamkeit in dem jeweiligen Stadtteil und der Ausrichtung an moderner Museumsdidaktik gefunden werden. Für diese große Herausforderung stünden keine unbegrenzten finanziellen Mittel zur Verfügung. Ergänzend sagten sie, die Volksinitiative „Altonaer Museum bleibt!“ habe in dieser Hinsicht sehr gute Beiträge geleistet. Die mit der Drs. 20/1472 von der Bürgerschaft beschlossene Fristverlängerung werde die Kulturbehörde nutzen, um mit der Initiative weitere Gespräche zu führen und inhaltliche Anregungen in das Konzept aufzunehmen. Das Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann treffe auf unterschiedliche Einschätzungen und in einzelnen Häusern führe der Autonomiedrang durchaus dazu, dass die Struktur der Stiftung infrage gestellt werde. Zusammenfassend urteilten sie, das Konzept sollte insgesamt unter Einbeziehung der genannten Anregungen als ernsthafte Grundlage betrachtet werden. Sie sprachen sich ferner dafür aus, der Diskussion die notwendige Zeit zu geben. Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit der SHMH sei eine tragfähige Struktur, die über einen längeren Zeitraum Bestand habe, damit die Häuser eine zentrale Rolle in der Museumslandschaft der Stadt spielen könnten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE merkte an, in der Vergangenheit seien Strukturfragen intensiv diskutiert worden. Nach einigen Jahren sei festzustellen, dass die Lösung der Probleme nicht immer in der Umstrukturierung zu finden sei. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE kritisierte, es sei zwar notwendig, eine Diskussion zu führen, jedoch vermisse er einen Zeitplan. Es sei erforderlich, zu einem Zeitpunkt zu bestimmten Ergebnissen zu kommen. Die gegenwärtig in der Stadt geführte Diskussion sei diffus. Er habe den Eindruck, es sei sinnvoll, anhand eines Vorschlags der Kulturbehörde zu diskutieren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, die Tatsache, dass derzeit eine Diskussion geführt werde, bedeute nicht, dass es nicht möglich sei, relativ zeitnah eine die Struktur betreffende Entscheidung zu treffen. Allerdings sei zu berücksichtigen, dass jede Entscheidung unter anderem personelle Konsequenzen nach sich ziehe. Die Umsetzung solle sich daran orientieren, dass der Personalkörper eine Neustrukturierung von Anfang an mittragen könne. Es sei möglich, die Entscheidung im Laufe des Jahres 2012 umzusetzen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE fragte, wann mit einem Vorschlag zur Umstrukturierung zu rechnen sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, mit einem Vorschlag sei in der ersten Hälfte des Jahres 2012 zu rechnen. Der Kulturausschuss solle adäquat beteiligt werden. Um alle Beteiligten einzubeziehen, müsse man sich ausreichend Zeit nehmen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE wies darauf hin, dass das Konzept SHMH nicht im Rahmen einer Drucksache vorgelegt worden sei. Er zitierte den vierten Absatz auf Seite 10 des Konzepts: „Noch so viele Zahlenspiele und Rechenexempel führen an einer Erkenntnis nicht vorbei: Wenn es politisch gewünscht ist, dass die Museen sich inhaltlich und methodisch sowie im Marketing und der Vermittlung neu aufstellen, kommen sie ohne höhere Zuwendungen nicht aus. Im Umkehrschluss heißt dies: Wenn keine höheren Zuwendungen möglich sind, ist auch keine Modernisierung der Museen möglich, und die Standorte und/oder die Leistungen müssen drastisch eingeschränkt werden.“ Dieser Satz stelle aus seiner Sicht die zentrale Aussage des Konzepts dar. Er bat die Senatsvertreterinnen und -vertreter, zu dieser Aussage Stellung zu nehmen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten fest, es sei jenseits der inhaltlichen Frage nach dem neuen Konzept für die Historischen Museen zu klären, wie mit den vorhandenen offenen Fragen und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen werden solle, um zu Lösungen zu kommen. Es werde nicht möglich sein, überall ideale Zustände zu erreichen. Trotzdem werde sich die Kulturbehörde bei der Aufstellung des Haushalts 2013/2014 dezidiert mit der Frage beschäftigen, ob und in welchem Umfang Mittel für die Modernisierung der Museen aufzuwenden seien. Die Modernisierung habe nicht in jedem Fall eine finanzielle Komponente, sondern in vielen Fällen sei eine mentale Veränderung in den Häusern geboten.

Die SPD-Abgeordneten äußerten sich erfreut darüber, dass die Kulturbehörde die Gelegenheit wahrnehme, ernsthaft die Gestaltungsmöglichkeiten auszuloten, und sich nicht zu schnellen Entscheidungen drängen lasse. Es sei richtig, die im Konzept SHMH gemachten Anregungen aufzugreifen sowie die Anregungen der Volksinitiative „Altonaer Museum bleibt!“ als Teil der Vielfalt der Hamburgischen Museumslandschaft zu prüfen. Die Bürgerschaft habe ohnehin die Fristverlängerung gemäß Paragraph 6 Absatz 5 Satz 2 des Hamburgischen Gesetzes über Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid beschlossen. Es gebe von vielen Seiten Anregungen, über die sich die SPD-Abgeordneten informieren wollten. Angesichts der Größe der Aufgabe sei es richtig, dass die Kulturbehörde alle Anregungen auswerten werde. Die SPD-Abgeordneten teilten die Auffassung des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE nicht, der zufolge Eile geboten sei. Durch die Neuorientierung nach der Neuwahl sei die Schließung eines der großen Häuser abgewendet und es bestehe Sicherheit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Außerdem sei den Freundeskreisen der Museen bedeutet worden, dass sie beruhigt in die Zukunft blicken könnten. Die SPD-Abgeordneten äußerten den Wunsch, 2012 eine tragfähige und von allen Seiten akzeptierte Lösung zu präsentieren.

Die CDU-Abgeordneten bemerkten, mit der Beantwortung der Großen Anfrage sei viel Wissenswertes zusammengetragen worden. Bemerkenswert sei der Hinweis auf die Feststellungen von Herrn Prof. von den Osten, der bereits 1975 festgestellt habe, welche Potenziale für die Stadt in den Museen steckten und dass bereits damals Jahrzehnte der Vernachlässigung hinter den Museen gelegen hätten. Die CDU-Abgeordneten meinten, dass in den Museen ein ungeheures Potenzial für die Stadt liege, und zwar nicht nur im Ausstellungsbetrieb und in der Attraktivität der Stadt für Besucher, sondern auch in der Forschung, in der Bewahrung und in der Vermittlung kultureller Bildung. Sie seien dankbar für die Möglichkeit, sich mit dem Thema grundsätzlich auseinanderzusetzen. Die CDU-Abgeordneten vertraten die Auffassung, dass sowohl die Struktur als auch die finanzielle Ausstattung der Häuser zu diskutieren sei. Allein eine bessere finanzielle Ausstattung der Museen könne nicht dafür sorgen, deren Potenzial zu wecken. Sie fragten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, ob sie an dem Zusammenschluss der Historischen Museen festhielten und ob sie trotz zentraler Institutionen bei eigenständigen Profilen und dezentralen Leitungen blieben. Die CDU-Abgeordneten baten, zum Eckpunktepapier Stellung zu nehmen. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Senat zur Vorbereitung der Haushaltsplanung für die Jahre 2013 und 2014 im Zeitraum zwischen Februar und Mai 2012 abschließende Entscheidungen treffen werde, baten sie um eine Aussage, ob bis dahin Struktur- und Ressourcenentscheidungen getroffen würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, das Eckpunktepapier rekurriere bewusst auf das Konzept SHMH. Die Kulturbehörde habe die aus ihrer Sicht zentralen Fragen formuliert. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter beurteilten das Konstrukt der Gesamtstiftung als sinnvoll und ergänzten, dass die Gesamtstiftung im Hinblick auf die Zusammensetzung der in der Stiftung verbleibenden Häuser noch zu betrachten sei. Die Diskussionen, die derzeit zu dieser Frage geführt würden, seien einzubeziehen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter vertraten die Auffassung, das Handlungspotenzial, das in einer Stiftung gegeben sei, sowie die Wirkungsmacht nach außen können in einer Stiftung sinnvoll wahrgenommen werden. Hinsichtlich der Autonomie der Häuser verwiesen sie auf die Diskussion und den Beschluss im Stiftungsrat. Diese seien auch im Eckpunktepapier verdeutlicht worden. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hielten es für eine „*Conditio sine qua non*“, dass die einzelnen Häuser im Hinblick auf ihre wissenschaftliche, künstlerische und inhaltliche Ausprägung für sich verantwortlich seien. Es solle keine Struktur geschaffen werden, die die Verantwortlichkeit delegiere. Auch aus Gründen der Identifikation – sowohl des jeweiligen Stadtteils, der ganzen Stadt als auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sei es notwendig, die Verantwortlichkeit in den Häusern beizubehalten, wenn die Attraktivität der Museen erhalten werden solle. In Einzelfällen könne es innerhalb der Stiftung zu internen Diskussionen beispielsweise um große Ausstellungsprojekte kommen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter äußerten die Erwartung, dass die Haushaltsberatungen für die Jahre 2013 und 2014 bis zum Sommer 2012 dauerten. Es werde notwendig sein, sich im Verlauf der Haushaltsberatungen mit der Frage der Finanzierung der Historischen Museen auseinanderzusetzen.

Die CDU-Abgeordneten erkundigten sich, ob die Senatsvertreterinnen und -vertreter offen seien für die Herauslösung von einzelnen Standorten einschließlich der vier großen Häuser. Dem Eckpunktepapier zufolge sollten 300.000 Euro für das Jahr 2012 bereitgestellt werden. Die CDU-Abgeordneten baten um Auskunft, ob der Senat beabsichtige, im Verlauf der Beratungen des Haushalts 2011/2012 eine entsprechende Ergänzungsdrucksache vorzulegen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, es sei nicht daran gedacht, einzelne der großen Häuser aus der Stiftung herauszulösen. Diese Möglichkeit beziehe sich auf die kleineren Einheiten. Sie betonten, sie wollten einer Diskussion nicht vorgehen. Eine Entscheidung könne nur Wirkung nach innen und außen entfalten, wenn sie von allen Beteiligten mitgetragen werde. Darum hielten die Senatsvertreterinnen und -vertreter nichts davon, wenn eine Entscheidung, die innerhalb der Stiftung getroffen worden sei, „*ex cathedra*“ verkündet werde. Hinsichtlich der Bereitstellung von Mitteln für das Jahr 2012 baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, den Charakter des Eckpunktepapiers zur Kenntnis zu nehmen. Es sei Bestandteil des Diskussions-

prozesses. Denkbar sei, dass die Kulturbehörde zu anderen Lösungen komme, die keine Auswirkungen auf den Haushalt 2011/2012 hätten.

Die GAL-Abgeordneten erklärten, das Konzept sei eine hervorragende Diskussionsgrundlage. Sie fassten die vorhergehenden Beiträge so auf, dass die SPD-Fraktion noch zu keiner Meinungsbildung gekommen sei und die Fraktion DIE LINKE keine Strukturdiskussion mehr führen wolle. Dazu erwiderten sie, die Eckpunkte der Kulturbehörde und die sehr ausführlichen Darlegungen im Konzept über die Chancen und Risiken böten Unterstützung für eine Abwägung. Sie sprachen sich dafür aus, die Diskussion über die Inhalte des Konzepts zu führen, und illustrierten dies anhand der Seite 94 des Konzepts und der dort ausgeführten Risiken, die eine Zurückführung der Museen in einzelne Häuser bedeuten würden. Auf den Seiten 95 und 96 würde zudem deutlich, dass die Museen mit Ausnahme des Altonaer Museums eine Profilschärfe mit großen Linien hätten. Insofern sei die Autonomie der Häuser nicht das vordringliche Problem, denn es sei selbstverständlich, dass die Häuser aufgrund ihrer eigenen Historie ein Profil besäßen. Im Hinblick auf den Zeitplan und die Würdigung des Gutachtens seien sie auch im Interesse der einzelnen Häuser, die wissen müssten, welche Richtung die Stiftung einschlage, der Meinung, dass Kulturbehörde und Kulturausschuss Entscheidungen treffen müssten. Infrage stünde zudem die Rolle des Hafenumuseums, das aus Sicht der Kulturbehörde aufgrund der fehlenden Mittel nicht einbezogen werden könne und nichtsdestotrotz diskutiert werden müsse. Grundsätzlich, so gaben sie bekannt, sei die GAL-Fraktion für den Erhalt der Stiftungsstruktur.

Die FDP-Abgeordneten hoben die stark gesunkenen Besucherzahlen der Museen hervor und wollten wissen, ob die Ursachen analysiert worden seien. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, die Gründe darzulegen. Sie widersprachen den SPD-Abgeordneten und merkten an, die Situation könne nicht so bestehen bleiben. Zur angedachten Strukturveränderung der Stiftung mit einer Generaldirektion und den vier einzelnen Häusern, die weitgehend eigenständig bleiben sollten, wollten sie vor dem Hintergrund der geforderten Profilbildung wissen, in wessen Zuständigkeit diese liegen solle. Aus ihrer Sicht könne nur die Generaldirektion, die dann zwangsläufig in die Inhalte der einzelnen Häuser eingreifen müsse, dafür zuständig sein. Sie fragten, wie die Aufgabenschwerpunkte voneinander abgegrenzt würden. Die Finanzierung des Hafenumuseums bezeichneten sie als zentrale Frage, weil es die Attraktivität der Gesamtstiftung noch einmal erhöhen könne und zudem im Zusammenhang mit der Diskussion über die Struktur thematisiert werden müsse. Sie erkundigten sich, wann der vor einem Jahr angekündigte Masterplan vorgelegt werde.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erklärte, er habe den Eindruck, es seien viele interessierte und engagierte Diskussionen über die Strukturen der Museen geführt worden. Ohne zusätzliche finanzielle Mittel gebe es aber keinen Freiraum für die Entwicklung neuer Ideen, sodass dieser Aspekt aus seiner Sicht der entscheidende sei. Der schwarz-grüne Vorgängersenaat habe deswegen den Schluss gezogen, das Altonaer Museum zu schließen, um auf diese Weise wieder mehr Gestaltungsmöglichkeiten zu erlangen. Er unterstrich, nicht nur er sei davon überzeugt, dass die Weiterentwicklung und Profilbildung der Museen von der Klärung dieser elementaren Frage abhänge. Auch die SPD-Abgeordneten hätten während des Wahlkampfes darauf hingewiesen, dass die Unterfinanzierung ein strukturelles Problem in der Museumslandschaft sei. Insofern seien die SPD-Abgeordneten aufgefordert, ihr Versprechen in Form von finanziellen Zuwendungen einzulösen. Daraus folge auch, dass die Sonderausstellungen eine existenzielle Bedeutung für die Museen hätten. Der finanzielle Mittelbedarf müsse ein entsprechendes Gewicht bekommen und dürfe an dieser Stelle nicht kleingeredet werden. Sehr erfreulich sei die Feststellung, die auch im Zusammenhang mit dem Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann getroffen werden könne: Die Museen seien lebendiger als gedacht. Dieses Engagement müsse dringend aufgenommen und diskutiert werden. Dabei denke er insbesondere an die Schlagworte „Gedächtnis der Stadt“ und neue Möglichkeiten zur „Identifikation“ – vor allem in regionaler Hinsicht – durch die Museen. Sehr deutlich habe sich ein neues Selbstbewusstsein im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Altonaer Museum gezeigt. Die Altonaer Bevölkerung habe sich dagegen gewehrt, dass ihnen das Museum als Identifikationsmöglichkeit genommen werden solle. Dieses große Interesse der Menschen müsse den Partizipationsprozess für die Behörden und Museen viel

stärker in den Fokus rücken. Die vielfältigen Ideen und Aktivitäten, zum Beispiel des Freundeskreises der Kunsthalle, müssten als neue Kraft für die Museen Teil des Konzepts sein. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE kritisierte, von dieser Kraft fände er zu wenig im Konzept und dem Eckpunktepapier wieder. Er sprach sich dafür aus, die Elemente Partizipation, kulturelle und regionale Identifikation, insbesondere der Stadtteile, als Bestandteil in die Struktur aufzunehmen und zu entwickeln, denn dadurch könne die gegenwärtige Diskussion produktiv gelöst werden.

Der Vorsitzende schlug zum weiteren Verfahren vor, zunächst die Fragen zur Struktur sowie zweitens das Hafenumuseum als gesondertes Thema und drittens die Fragen im Zusammenhang mit anderen Museen zu erörtern. Der Ausschuss kam überein, so zu verfahren.

1. Debatte über die zukünftige Struktur der Stiftung Historische Museen Hamburg

Die CDU-Abgeordneten sagten, die einzelnen Museen sollten eigene Identitäten für ihre Arbeit entwickeln. Die zurückgehenden Besucherzahlen hätten nach ihrer Auffassung damit zu tun, dass zu wenig Identifikation vorhanden sei. Im Gegensatz zum Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE seien sie nicht davon überzeugt, dass Stadtteilmuseen konzipiert werden sollten. Das Altonaer Museum sei einstmals das Museum der Stadt Altona gewesen, die inzwischen ein integrierter Bestandteil Hamburgs sei, deshalb sollte das Altonaer Museum in die ganzen Stadt und darüber hinaus in die Metropolregion hinein wirken. Aufgrund der stark veränderten Tourismusströme mit einer längeren Aufenthaltsdauer müsse das Thema Hafenumuseum in diesem Zusammenhang mit diskutiert werden. Der Hafen stelle ein Alleinstellungsmerkmal für Hamburg dar, deswegen müsse das Hafenumuseum dies als Flugschiff vermitteln. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dem Ausschuss das seit einem Jahr vorliegende Konzept zum Hafenumuseum zur Kenntnis zu geben.

Die SPD-Abgeordneten stellten richtig, sie seien auf gar keinen Fall der Meinung, alles solle so bleiben wie es sei. Sie würden sich wünschen, dass der Prozess, den die Kulturbehörde begonnen habe, fortgeführt werde und zu produktiven Ergebnissen für eine bessere Aufstellung der Museen komme. Eine Veränderung sei auch deswegen wünschenswert, weil die vom Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE angesprochene Partizipation noch gar nicht in die Realität umgesetzt worden sei. Sicherlich gebe es einen Runden Tisch, zu dem Frau Prof. Dr. Baumann eingeladen habe, dennoch müsse festgestellt werden, dass die zweifelsohne schönen Museen Hamburgs einen Möglichkeitsraum darstellten, in dem die Vorstellungen noch nicht verwirklicht worden seien. Erforderlich sei ein Prozess, der abseits der kleinteiligen Zählung der Besucherzahlen zu einer tatsächlichen Qualitätsverbesserung führe. Sie erklärten, die in Altona begonnenen Wege sollten ausgelotet und ausprobiert werden. Dabei gehe es darum, wie die Museen gegenüber dem Stadtteil und darüber hinaus für die Bürgerinnen und Bürger geöffnet werden könnten. Diese Form der Bürgerbeteiligung würden sie vorantreiben wollen. Die Diskussionen sollten die Schaffung einer neuen und besseren Balance zwischen der Eigenständigkeit der Häuser auf der einen Seite und der Schlagkraft, die nur aus einem gemeinsamen abgestimmten Vorgehen entstehen könne, auf der anderen Seite thematisieren. Hierfür würde Zeit benötigt und es sei sehr erfreulich, dass die Kulturbehörde diesen Weg gehen wolle, um abzuwägen, welche Risiken und Chancen damit verbunden seien. Auf diese Weise werde ihrer Überzeugung nach das bestmögliche Ergebnis erreicht.

Die GAL-Abgeordneten machten geltend, der Kulturausschuss benötige ein Konzept oder eine Struktur, um die widerstreitenden Positionen zu bewegen. Sie interessierte, wie sich sowohl der Vorsitzende als auch insbesondere die Kulturbehörde die Struktur vorstellten. Der gemeinsame Austausch sei die Voraussetzung dafür, dass die Bürgerschaft Standpunkte entwickeln könne. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, den Diskussionsverlauf mit den einzelnen Museen zu schildern.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten zur inhaltlichen Verantwortlichkeit der einzelnen Häuser im Verhältnis zur geplanten Generaldirektion, im Wesentlichen käme es darauf an, dass den Museen keine programmatische Ausrichtung vorgeschrieben werden dürfe. Es müsse darum gehen, die zentralen Aufgaben der Häuser zu bündeln und die möglichen Synergien zu nutzen. Dies betreffe beispielsweise die

Digitalisierung, den Umgang mit Personalressourcen sowie Marketingmitteln für größere Projekte. Weil das Thema Marketing in den nächsten Jahren mehr Bedeutung erlangen werde, hielten sie es für sinnvoll, den Dialog nach außen stellvertretend für alle Häuser von der Gesamtstiftung führen zu lassen. Dies heiße nicht, dass eine Verständigung innerhalb der Häuser auf gemeinsame Aktionen ausgeschlossen sei. Darüber müsse geredet werden, um in einem – teilweise auch schmerzhaften – Prozess zu klären, welche Interessen berücksichtigt würden. Als Gründe für die rückläufigen Besucherzahlen nannten sie neben den fehlenden Sonderausstellungen, dass die Zielgruppen nicht erreicht worden seien. Sie sagten, die Annahme, Museen definieren sich ausschließlich über Ausstellungen, sei ein veraltetes Museumsverständnis. Die Anforderungen des durchschnittlichen Besuchers seien sehr viel vielfältiger, sodass die Museen sehr genau überlegen müssten, worin die spezifische Besonderheit ihres Hauses – das Altonaer Museum sei ein gutes Beispiel dafür – bestünde und mit welchem programmatischen Profil die Zielgruppe am besten angesprochen würde. Die Museen müssten ihre Häuser für Aspekte der aktuellen Diskussion in der Stadt, die museumsspezifische Inhalte berührten, öffnen. Von daher müsse der aktuelle Status quo hinsichtlich der Besucherzahlen im Hinblick auf die Aussagefähigkeit sehr differenziert betrachtet werden. Dabei würden sie gerade auf die zentralen Punkte Partizipation und Identifikation setzen. Sie unterstrichen, sie würden Gespräche mit allen Beteiligten suchen, um diese Themen zu diskutieren, damit ein erfolversprechendes Modell gestaltet werde. Sie seien fest davon überzeugt, dass sich aus diesem Prozess eine Art von Identifikation ableiten würde. Zu den Ausführungen der GAL-Abgeordneten sagten sie, sie hätten die Erwartungen so verstanden, dass die Kulturbehörde dem Kulturausschuss in absehbarer Zeit einen konkreten Vorschlag für die Umsetzung dieser Struktur unterbreiten solle. Diese Vorgehensweise ginge dann über das hinaus, was ursprünglich mit dem Konzept umrissen werden sollte. Das Konzept sei mit der Absicht erstellt worden, im Kulturausschuss erörtert zu werden, um die Entscheidungen der politisch Verantwortlichen vorzubereiten. Sie versprachen, einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten, wenn der Prozess weiter gediehen sei.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE merkte an, das Konzept SHMH sei dem Kulturausschuss als Diskussionsbeitrag von Frau Prof. Dr. Baumann vorgelegt worden. Die Kulturbehörde habe nicht mitgeteilt, dass sie die Vorschläge unterstütze und umsetzen wolle. Vielmehr informiere sie den Ausschuss durch das Eckpunktepapier darüber, dass sie bestimmte Punkte des Konzepts aufnehmen wolle. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE kritisierte, die Meinung der Kulturbehörde werde nur ansatzweise transparent dargestellt.

Die GAL-Abgeordneten erklärten, das Konzept SHMH habe ursprünglich eine andere Funktion gehabt. Inzwischen habe sich durch die Neuwahl die Situation verändert. Gleichwohl sei das Problem noch immer dasselbe. Die bestehenden Spannungsverhältnisse seien hinreichend bekannt. Wenn der Kulturausschuss zu einer Entscheidung kommen wolle, sei ein strukturierter Prozess erforderlich. Die GAL-Abgeordneten äußerten den Wunsch, dass die Kulturbehörde den Kulturausschuss fortlaufend über ihre Gespräche mit allen Beteiligten informiere. In der Sache bestehe Einigkeit über das Ziel, dass den Museen der Zuspruch zukomme, den sie verdienten.

Die GAL-Abgeordneten stellten fest, die Bürgerschaft könne keine Bürgerbeteiligung verordnen. Vielmehr müsse die Möglichkeit bestehen, dass sich die Bürgerbeteiligung dort, wo sie existiere, auch einbringen könne. Sie nannten als Beispiel das Altonaer Museum und fragten, wie sich die Senatsvertreterinnen und -vertreter das Verhältnis zwischen der Gesamtleitung der Stiftung und der Leitung des einzelnen Hauses vorstellten, wenn es um Entscheidungen bezüglich bestimmter Ausstellungen gehe, die durch Initiativen vor Ort angeregt würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter betonten, das einzelne Haus müsse in der Lage sein, in einem von seiner Leitung gesteuerten Prozess, Ausstellungen, die auf externe Anregungen zurückgingen, selbst zu gestalten. In diesen Fällen solle die Gesamtleitung der Stiftung nicht eingreifen. Jedes Haus lebe primär aus dem eigenen Potenzial heraus und aus seinem spezifischen Umgang mit seinem Zielpublikum. Die Wechselwirkung zwischen Gesamtleitung und dem einzelnen Haus solle sich auf andere Bereiche, beispielsweise das Marketing, konzentrieren.

Die GAL-Abgeordneten baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter um Mitteilung, ob sie die Auffassung teilten, dass die Museen sich in einem grundlegenden Paradigmenwechsel befänden und dass sich die Modernisierung nicht ausschließlich durch die Aktualisierung der Inhalte, sondern vor allem in den Bereichen Besucherservice, Kommunikation und Marketing vollziehen werde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter berichteten, generell sei bei den Museen, besonders bei den stadtgeschichtlichen Museen in der Republik, ein verändertes Rezeptionsverhalten spürbar. Eine andere Besuchergeneration wachse heran. Darum müsse eruiert werden, aus welchen Gründen Menschen Museen besuchten. Es sei festzulegen, welche Zielgruppe das Haus ansprechen wolle. Die Museen müssten sich mit dem demografischen Wandel in der Gesellschaft auseinandersetzen und dürften nicht negieren, dass es im Kulturbereich andere Angebote beispielsweise interaktiver Art auch im privaten Bereich gebe, die im Museum nicht vorhanden seien. Die Museen in Hamburg seien in dieser Hinsicht unterschiedlich weit fortgeschritten. Es werde dezidiert darum gehen, neue Herangehens- und Vermittlungsformen zu erschließen.

Die CDU-Abgeordneten trugen vor, es bestehe keine Korrelation zwischen der Entwicklung der Besucherzahlen und der eigenen Einnahmen der Museen. Obwohl bei den Museen ein durchschnittlicher Rückgang der Besucher von etwa 25 Prozent zu verzeichnen sei, habe es keinen wesentlichen Einschnitt bei den eigenen Einnahmen gegeben. Beim Helms-Museum habe es sogar bei einem relativ starken Rückgang der Besucherinnen und Besucher einen Anstieg der eigenen Einnahmen um 75 Prozent gegeben.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter sagten, bei den Einnahmen sei zu berücksichtigen, dass in den fraglichen Zeiträumen Preiserhöhungen umgesetzt worden seien. Preiserhöhungen seien nicht unbegrenzt steigerbar, um allen Bürgerinnen und Bürgern den Besuch der Museen offenzuhalten. Der freie Eintritt bis zu einer bestimmten Altersgrenze sei ein sehr gutes kulturpolitisches Instrument, das im Gegensatz zu vielen anderen Städten in Hamburg praktiziert werde. Die Museen hätten in den letzten zwei Jahren Drittmittel aus unterschiedlichen Quellen erhalten. Die Vermietung sei in den meisten Häusern grundsätzlich angestiegen. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter teilten mit, ihnen sei neu, dass es über die bestehenden Möglichkeiten hinaus notwendig sei, Beschlüsse zu fassen, um die Museen in die Lage zu versetzen, wirtschaftlich tätig zu werden. Auch jetzt seien die Museen in der Lage, Vermietungen durchzuführen, die ihre Einnahmen steigerten.

Die CDU-Abgeordneten fragten, wie valide die Besucherzahlen seien, ob sie nach einem einheitlichen Maßstab festgestellt würden und ob die Besucherinnen und Besucher bei der Vermietung von Räumen für Veranstaltungen mitgezählt würden. Sie baten um Auskunft, in welcher Weise die Erfahrungen der Museen, denen eine Steigerung ihrer Einnahmen gelungen sei, dazu genutzt werden könnten, um die finanzielle Situation insgesamt zu verbessern, und um eine Einschätzung des Potenzials der wirtschaftlichen Aktivitäten der Museen. Die Vermietung von Räumen für Veranstaltungen beispielsweise wäre im Sinne eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebes nur denkbar, wenn sie zu vermehrten Einnahmen des Museums führe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, bei der Erhebung der Besucherzahlen bestehe aktuell das Problem, dass die einzelnen Häuser die Erhebung unterschiedlich handhabten. Daher könne keine über alle Häuser tragfähige Aussage gemacht werden. Dies sei bereits im Stiftungsrat als Problem diskutiert worden. Es seien einheitliche Kriterien festzulegen, um zu einer Vergleichbarkeit zu kommen. Es stehe noch nicht fest, wann die Kriterien festgelegt würden.

Die CDU-Abgeordneten vertraten die Auffassung, es sei fraglich, inwieweit die Museen einen Beschluss der Bürgerschaft brauchten, um ihre wirtschaftlichen Aktivitäten weiterzuentwickeln. Erst seit Mitte des Jahres 2010 bestehe ein Controllingssystem für die Museen. Inzwischen lägen erste Ergebnisse vor. Für die zwei letzten Jahre seien ausgeglichene Ergebnisse festgestellt worden. Es müsse die Frage gestellt werden, wie die bisherigen Stiftungsvorstände eine Steuerung ausgeführt hätten, bevor es ein Controllingssystem gegeben habe, und ob einige Probleme mit dem Fehlen eines solchen Systems zusammenhingen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten, nur durch die Einführung des Controllings vor drei Jahren sei es möglich gewesen, zu ausgeglichenen Haushalten zu kommen. Es sei mit dem Controlling ein Instrumentarium geschaffen worden, das eine ständig vergleichbare Sollplanung, einen Abgleich mit dem Ist sowie monatliche Berichte und damit zeitnahe Eingriffe ermögliche. Die Einführung des Controllingsystems habe sich bewährt.

Die CDU-Abgeordneten meinten, das Konzept SHMH enthalte keine Erklärung für die Forderung, es müsse eine Generaldirektorin oder ein Generaldirektor eingesetzt werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der Diskussion über die Eigenständigkeit der bestehenden Standorte sei zu fragen, welches die realen Probleme seien, die ein zusätzlicher Alleinvorstand, der Kosten von 130.000 Euro verursache, lösen solle.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter wiesen darauf hin, dass dem Konzept SHMH zufolge bei der bisherigen Konstruktion Partikularinteressen häufig verhinderten, dass man in zentralen Fragen zu einer Gesamthaltung komme. Das Konzept befürworte die Einsetzung einer Generaldirektion. Eine solche Aufgabenwahrnehmung, die von der Verantwortung für ein einzelnes Haus losgelöst sei, ermögliche es, die SHMH anders in der Öffentlichkeit zu etablieren und zentrale Fragen, beispielsweise hinsichtlich des Einsatzes von Mitteln im Marketingbereich, zu entscheiden.

Die CDU-Abgeordneten bemerkten, der Grund für die Diskussion um die Notwendigkeit einer Generaldirektorin oder eines Generaldirektors sei die Tatsache, dass sich die Leitungen der Häuser in der Vergangenheit nicht verständigt hätten. Es sei ihnen nicht gelungen, das kollegiale Gremium auszufüllen. Wenn die Generaldirektorin oder der Generaldirektor keinen Einfluss nehmen solle auf die Ausstellungen und den Kern der musealen Arbeit, sei zu fragen, ob diese Person der Aufgabe gerecht werden könne, den Museen in Hamburg ein anderes Gesicht zu geben. Für die CDU-Fraktion werde entscheidend sein, dass deutlich werde, wie die zusätzliche Struktur wirken solle. Es sei denkbar, dass die Aufgabe durch Common sense zwischen den beteiligten Personen und das Controllingssystem zu bewältigen sei, ohne eine neue Struktur zu installieren.

Die FDP-Abgeordneten baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, ihre Vorstellungen hinsichtlich der Profilbildung der einzelnen Häuser auszuführen. Sie wollten wissen, ob die Zuständigkeit hierfür bei der Generaldirektion liegen solle. Aus ihrer Sicht sei die Generaldirektion dafür zuständig, die Schwerpunkte der einzelnen Häuser sowie ihre Chancen und Möglichkeiten zu beurteilen, um den schwierigen Konzentrationsprozess voranzutreiben.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, der bisherigen Leitungsfunktion habe aufgrund der Doppelaufgabe eine gewisse Schizophrenie in der Amtswahrnehmung an. Sie machten deutlich, die Genese bis zum jetzigen Zeitpunkt habe gezeigt, dass diese Konstellation nicht erfolgversprechend gewesen sei. Dennoch, so stellten sie fest, sei es nicht möglich, eindeutig vorauszusagen, welches Konzept und welche Struktur wirkungsvoll umgesetzt werden könnten. Trotzdem hätten die einzelnen Häuser ein originäres Interesse, mit ihrem ausgebildeten Profil in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden. Deswegen könne es nicht darum gehen, dieses Profil im Detail über eine Struktur vorzuschreiben. Es gehe vielmehr um die gebündelte Aufgabenwahrnehmung in zentralen Gebieten, die bei allen Häusern vergleichbar seien. Notwendig sei eine zentrale, zielgerichtete, inhaltliche und finanzielle Ressourcensteuerung. Dies zeigten auch Erfahrungen in anderen – wenn auch in größeren Verbänden – Städten.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE forderte alle Fraktionen auf, Stellung dazu zu nehmen, dass Frau Prof. Dr. Baumann mehr finanzielle Mittel für erforderlich halte, um diese Fragestellungen überhaupt zu verwirklichen. Dieser Punkt dürfe nicht übergangen werden. Diese Entscheidung sei zudem wichtiger als die Lösung für die Strukturfragen. Er stimmte den Senatsvertreterinnen und -vertretern darin zu, dass die einzelnen Häuser eine eigene Identität haben müssten. Dies bedeute, entgegen den Vorhaltungen der CDU-Abgeordneten, keine Beschränkung auf den Stadtteil, sondern ziele darauf, dass die Politik dieses Element stärker berücksichtige. Dies habe der Konflikt im letzten Jahr um das Altonaer Museum verdeutlicht und auch die Auseinandersetzung in Bergedorf. Dort sei ein gutes Museum, dem es nicht gelinge, eine Ver-

bindung zum Stadtteil aufzubauen und ein vitaler Bestandteil von Bergedorf zu werden. Partizipation könne nur erfolgreich sein, wenn sie auch institutionell aufgenommen werde. Auch die Autonomie müsse ausgedrückt und aufgenommen werden – er bemängelte, dies sei weder im Konzept noch im Eckpunktepapier der Fall. Er widersprach Frau Prof. Dr. Baumann darin, dass die Entwicklung des zentralen Logos beziehungsweise des Marketings eine so entscheidende Bedeutung habe und machte geltend, die Strukturprobleme seien weder dadurch noch mithilfe eines Generaldirektors zu lösen. Auch ein besseres Controlling würde die Probleme der Museen nicht lösen. Zur Empfehlung der Kulturbehörde auf der Seite 3 des Eckpunktepapiers, die SHMH solle so aufgestellt werden, dass sie befähigt werde, sich auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren, fragte er, worin die Kernaufgaben der Museen bestünden und warum diese gegenwärtig nicht wahrgenommen würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, dieser Satz sei tatsächlich ein wenig missverständlich formuliert. Gemeint sei, dass die Museen in der Lage sein müssten, ihre zentralen, klassischen Aufgaben wahrzunehmen. Dazu gehöre, dass ein museumsgerechtes Angebot aufrechterhalten und präsentiert würde.

Zur Nachfrage des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE, wie die Aussage von Frau Prof. Dr. Baumann, ohne zusätzliche finanzielle Mittel müssten bestimmte Aufgaben abgegeben werden, in diesem Zusammenhang zu verstehen sei, sagten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, aus ihrer Sicht hätte diese Feststellung nichts mit den Kernaufgaben der Museen zu tun.

Die SPD-Abgeordneten zeigten Verständnis für die Forderungen und Nachfragen der anderen Fraktionen, wandten jedoch ein, in der gegenwärtigen Phase würde ausgelotet, in welche Richtung die Diskussion gehen könne. Die Zahlen, die durch das Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann im Raum stünden, seien lediglich Optionen. Sie unterstrichen, Entscheidungen hierzu seien noch nicht gefallen. Zudem baten sie darum, dass diese Feststellung im weiteren Diskussionsverlauf ernst genommen werde. Insofern fänden sie es gut, wenn die Diskussion auf das Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann zurückkäme und sich weniger darum drehe, der Kulturbehörde Festlegungen abringen zu wollen.

Zu den Zählungen der Besucher und den fehlenden vergleichbaren Maßstäben wollten sie wissen, ob das Konzept einen Vorschlag zur Herstellung einer Angleichung enthielte. Zudem fragten sie, inwieweit dies mit Fragen der Wirtschaftlichkeit hinsichtlich der Gewährleistung des Gegenseitigkeitsrechts der Freundeskreise angesichts unterschiedlicher Beiträge und der daraus folgenden Wertigkeit der Besucher, aus der ihrer Ansicht nach finanzielle Verwerfungen hervorgehen könnten, zusammenhänge. Hierin sähen sie zwei Schwachstellen des Konzepts, die unbeantwortet blieben.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter entgegneten, die unterschiedliche Erhebung der Besucherzahlen sei in der letzten Stiftungsratssitzung im Hinblick auf die Ursachen erörtert worden. Die Auswirkungen dieses grundsätzlichen Problems stünden in keinem Zusammenhang mit dem Konzept. Selbstverständlich sei, dass die Leistungen, die die Freundeskreise für ein Haus oder ein Projekt erbrächten, dem jeweiligen Haus zugutekämen.

2. Hafenmuseum

Die CDU-Abgeordneten betonten, das Hafenmuseum sei von entscheidender Bedeutung für die Metropolregion. Die Ausstrahlung des Hafens wirke in und über Deutschland hinaus. Ein gutes Hafenmuseum würde große Touristenströme anziehen. Bedauerlicherweise würden die Pläne für das Hafenmuseum seit geraumer Zeit nicht vorangetrieben, obwohl ein Konzept vorläge. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, dem Kulturausschuss das Konzept zur Kenntnis zu geben und die notwendige Diskussion darüber, ob das Hafenmuseum in Verbindung mit der Neuausrichtung der Historischen Museen stünde, zu ermöglichen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter bestätigten, es sei sinnvoll, das Konzept zum Hafenmuseum, das in mehrfacher Hinsicht sehr weitgehend aufgestellt sei, zu diskutieren. Sie teilten mit, sie würden das Konzept zunächst im Stiftungsrat vorstellen wollen, um daran anschließend eine Präsentation im Kulturausschuss vorzunehmen.

Die CDU-Abgeordneten wandten ein, ohne Kenntnis des Konzepts zum Hafenumuseum liefe die Diskussion möglicherweise in die falsche Richtung. Deshalb baten sie die Senatsvertreterinnen und -vertreter mitzuteilen, wann das Konzept vorgelegt werde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, dies solle so schnell wie möglich geschehen. Für den Stiftungsrat sei zwar noch keine Sitzung terminiert, aber sie gingen davon aus, dass es möglich sei, eine Beratung im Oktober 2011 durchzuführen.

Der Vorsitzende gab den Hinweis, in diesem Fall könne das Konzept zusammen mit der an den Kulturausschuss überwiesenen Drs. 20/1407 betr.: „Hafenumuseum“ (CDU-Antrag) in der nächsten Sitzung des Kulturausschusses am 4. November 2011 beraten werden. Er merkte zudem an, die Gutachter im Zusammenhang mit der „Evaluation der Entwicklung der Hamburger Museumsstiftungen“ hätten das Hafenumuseum als zentrale Aufgabe für die perspektivische Weiterentwicklung der Museumslandschaft genannt. Obwohl er mit den Gutachtern in vielen Punkten nicht übereinstimme, habe es für diesen Punkt ein großes Einvernehmen zwischen allen Fraktionen gegeben.

Die SPD-Abgeordneten nahmen die Realisierung im Hinblick auf eine Perspektive auf und sagten, die Zahlen die dazu genannt würden, beträfen Dimensionen, die im Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 nicht mehr verhandelt würden. Insofern bestünde die von den CDU-Abgeordneten befürchtete Eile nicht.

Die CDU-Abgeordneten bedankten sich für die Ankündigungen der Senatsvertreterinnen und -vertreter und baten darum, dass das Konzept vor der Ausschusssitzung am 4. November 2011 bekannt gegeben werde.

Ferner interessierte sie hinsichtlich der Aussage im Eckpunktepapier, wie der Vorschlag für den langfristigen und umfangreichen Ausbau des Hafenumuseums zu verstehen sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erläuterten, das Konzept läge ausschließlich als Videopräsentation vor. Sie versprachen, klären zu lassen, in welcher Form die Präsentation zur Verfügung gestellt werden könne, und schränkten ein, gegebenenfalls müsse die Videopräsentation in der Sitzung stattfinden. Zu den finanziellen Dimensionen des Konzepts teilten sie mit, diese bewegten sich im zweistelligen Millionenbereich. Damit würde eine so umfangreiche Neuausrichtung aller Museen verbunden sein, die sowohl inhaltlich als auch finanzpolitisch so große Auswirkungen hätte, dass sie sich nicht vorstellen könnten, diese Veränderung zusammen mit der vorliegenden Weiterentwicklung der SHMH in dieser Legislaturperiode bewegen zu können.

Die CDU-Abgeordneten baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, den Zeitraum für die Planungen zu konkretisieren.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, es müsse zwischen den inhaltlichen Anregungen, die das Konzept hinsichtlich des Ansatzes: „die Stadt vom Hafen her zu denken“ böte, und der mit einer Gesamtübernahme des Konzepts einhergehenden finanziellen Dimension unterschieden werden. Die inhaltlichen Anregungen könnten – eine Zustimmung zum Grundansatz des Konzepts vorausgesetzt – bereits in die Aufgaben der Stiftung Historische Museen integriert werden.

Die CDU-Abgeordneten erkundigten sich zum Museum für Bergedorf und die Vierlande, ob die Senatsvertreterinnen und -vertreter die Einschätzung der örtlichen SPD teilten, dass die Leitung des Museums abgelöst werden sollte. Sie wollten zudem wissen, wie die Haltung der Kulturbehörde zur Herauslösung des Museums im Bergedorfer Schloss aus dem Stiftungsverbund sei.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter stellten fest, sie würden keine Personalbewertungen in einer öffentlichen Sitzung vornehmen. Darüber hinaus verdeutlichten sie, die Kulturbehörde und die SHMH würde sich mit allen denkbaren Optionen zu den einzelnen Häusern auseinandersetzen, insofern seien sie noch zu keiner abschließenden Meinung gekommen.

Die SPD-Abgeordneten erklärten, sie hätten selbstverständlich, anders als von den CDU-Abgeordneten vermutet, eine klare Haltung zu der Gesamtthematik. Sie würden sich aber noch nicht in dieser Sitzung, sondern zu gegebener Zeit positionieren, auch wenn die CDU-Abgeordneten noch so sehr versuchten, Friktionen zwischen der SPD-

Fraktion und der Senatorin der Kulturbehörde herauszuarbeiten – dieser Vermutung würden sie entschieden widersprechen.

Die CDU-Abgeordneten sprachen den verhältnismäßig geringen Rückgang der Besucherzahlen des Altonaer Museums an und verwiesen auf den dagegenstehenden Rückgang der Einnahmen mit über 20 Prozent. Sie baten die Senatsvertreterinnen und -vertreter, die Gründe dafür zu erläutern und darzulegen, inwieweit die Kulturbehörde diesen Prozessen entgegensteuern würde. Ergänzend fügten sie hinzu, der Einnahmeverlust des Altonaer Museums nähme mit 110.000 Euro eine Größenordnung an, die im Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann für die Schaffung von weiteren Stellen vorgesehen seien. Deshalb entstünde der Eindruck, der wirtschaftliche Erfolg gründe sich nicht nur auf die Zuschüsse, sondern auch – vor dem Hintergrund des guten Ergebnisses des Helms-Museums – auf die Aktivitäten, die in den Häusern stattfänden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, die Besucherzahlen sagten nichts darüber aus, ob es sich um Vollzahler, Ermäßigungen, Schülergruppen, Führungen oder nur Veranstaltungen handele. In Bezug auf das Altonaer Museum könne der Einnahmeverlust darin begründet sein, dass die Besucherzahlen zwar zugenommen, die Zahl der Vollzahler jedoch abgenommen habe.

Die CDU-Abgeordneten verwiesen auf die Kompensation der Einnahmeausfälle durch den Besucherrückgang durch die Erhöhung der Eintrittspreise, die nur hinsichtlich des Altonaer Museums nicht funktioniert habe.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erklärten, dazu könnten sie im Augenblick keine dezidierte Antwort geben. Sie vermuteten einen Zusammenhang mit der politischen Diskussion um das Altonaer Museum.

Die SPD-Abgeordneten äußerten die Annahme, dass die Mitglieder der Bürgerinitiative „Altonaer Museum bleibt!“ Mitglieder des Freundeskreises geworden seien und deswegen keinen Eintritt zahlen müssten.

Die FDP-Abgeordneten wollten wissen, ob in der Kulturbehörde ermittelt worden sei, wie hoch die Kosten für den Verkauf der Eintrittskarten seien. Sie regten Überlegungen zum Wegfall der Eintrittsgelder an, die möglicherweise zugunsten einer Konzentration auf andere Einnahmefelder durch die Gastronomie, die Museumsshops und Events ersetzt werden könnten.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter entgegneten, aus ihrer Sicht sei diese Strategie aus kulturpolitischen Gründen nicht richtig. Sie bezogen sich auf ähnliche Versuche in verschiedenen Städten, die nicht zu einem Anstieg der Besucherzahlen geführt hätten. In der Praxis habe sich gezeigt, dass sich oftmals erst dann eine Wertschätzung für Angebote einstelle, wenn sie kostenpflichtig seien. Zur Frage nach den Kosten für die Erhebung der Eintrittsgelder sagten sie, eine Untersuchung in diese Richtung gebe es vor dem Hintergrund der soeben erläuterten Entscheidung, weiterhin Eintrittsgelder zu verlangen, nicht.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE verwies auf einen Antrag seiner Fraktion in der vorhergehenden Legislaturperiode, der die Prüfung eines freien Eintritts an einzelnen Tagen gefordert habe (siehe Drs. 19/1896). In diesem Zusammenhang habe die Bürgerschaft ein Ersuchen an die Kulturbehörde beschlossen, andere Beispiele im nationalen Bereich im Hinblick auf eine mögliche Umsetzung zu prüfen. Neben der von den FDP-Abgeordneten angesprochenen Kostenersparnis spiele auch die Verdoppelung der Eintrittspreise seit 1995 vor dem Hintergrund der nicht im gleichen Maße gestiegenen Etats der Museen eine Rolle. Insofern würden die Eintrittspreise viele daran hindern, die Museen zu besuchen, zumal nicht jeder Besucher einen längeren Zeitraum dort verbringen wolle. Aus diesem Grund fände er die Lösung dieser Frage sehr entscheidend, weil dies auch bedeute, dass die wenigen, die Eintritt zahlen, im Gegensatz zu allen anderen überproportional bezuschusst würden. Er bat die Senatsvertreterinnen und -vertreter, trotz der den Antrag betreffenden Diskontinuität weitere Erläuterungen zum Ersuchen aus der Drs. 19/2046 zu geben.

Die CDU-Abgeordneten fragten, ob im Konzept von Frau Prof. Dr. Baumann die Gesamterlöse der SHMH dargestellt würden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, sie würden davon ausgehen, dass die Gesamterlöse einschließlich der Vermietung genannt würden.

3. Drs. 20/931

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE widersprach dem Eindruck, er halte Controlling an sich für unsinnig. Allerdings könnten die Probleme der Museen nicht durch das Controlling allein gelöst werden. Deshalb trat er der Auffassung entgegen, die Museen hätten keine Probleme, weil sie eine „schwarze Null“ erwirtschafteten. Er verwies darauf, dass die entscheidenden Aufgaben ungelöst seien. Dies hätten die Probleme mit der Galerie der Gegenwart der Kunsthalle, die im letzten Jahr ein Vierteljahr nicht besucht werden konnte, gezeigt. Durch die Schließung seien unter anderem Kosten für das Wachpersonal eingespart worden, die dazu geführt hätten, dass kein negatives Ergebnis erreicht worden sei. Im Museum für Kunst und Gewerbe läge dadurch, dass ein Drittel des Hauses nicht zugänglich sei, eine ähnliche Situation vor. Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE stellte fest, es gebe keinen Druck dahingehend, diesen Zustand schnell zu überwinden, weil es für die Bilanz von Vorteil sei, Kosten einzusparen. Diese Situation sei unbefriedigend, zumal der Vorgängersenat die versprochene Liquiditätshilfe ausdrücklich mit einer positiven Bilanz verknüpft habe. Dabei sei keine Rede von der Erfüllung kultureller Aufgaben gewesen, sondern einzig die Forderung nach einer „schwarzen Null“ gestellt worden. Bereits damals habe er diese Bedingung gemeinsam mit den SPD-Abgeordneten vehement kritisiert. Hinzu käme, dass ein Teil des Gehalts der Direktoren von der „schwarzen Null“ abhinge. Dieser Maßgabe zufolge würden die kulturellen Institutionen ausschließlich im Hinblick auf ihre finanziellen Ergebnisse beurteilt. Er bat die Senatsvertreterinnen und -vertreter, ihren aktuellen Standpunkt darzulegen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, die Forderung nach einer „schwarzen Null“ müsse im Zusammenhang mit der Vorgeschichte gesehen werden. Die Häuser seien zweimal mit zweistelligen Millionenbeträgen entschuldet worden, ohne dass dadurch erkennbare Wirkungen erzielt worden seien, und deswegen hielten sie es für ein legitimes Ansinnen, Kostenbewusstsein im Hinblick auf eine ausgeglichene Bilanz zu erwarten. Sie räumten ein, dass den Häusern zum Teil schmerzhaft Zugeständnisse abverlangt worden seien, die zu Teilschließungen geführt hätten. Gleichwohl seien Sanierungsbedarfe abgedeckt worden, die den Häusern zugute gekommen seien. Gerade das Museum für Kunst und Gewerbe sei ein Beispiel für den laufenden Prozess, der im nächsten Jahr abgeschlossen sein werde. Diese Maßnahmen seien auf den gesamten musealen Bereich bezogen grundsätzlich vertretbar. Zukünftig würde angesichts der Haushaltssituation von den Häusern ein bestimmtes Kostenbewusstsein erwartet werden müssen. Zu den Gehältern der Museumsdirektoren stellten sie richtig, nur ein kleiner Teil des Einkommens sei von den Ziel- und Leistungsvereinbarungen abhängig. Dies sei ein übliches Verfahren.

Die CDU-Abgeordneten wandten ein, die Argumentation des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE fänden sie sehr problematisch. Sie wehrten sich gegen den Vorwurf, allein an einer „schwarzen Null“ interessiert zu sein, und hoben deutlich hervor, die Stadt als Budgetgeber müsse an einem positiven Ergebnis interessiert sein. Insofern sei die „schwarze Null“ eine Selbstverständlichkeit, ohne dass die Museen darauf reduziert würden. Die dahinter liegenden Probleme der Museen seien ausführlich erörtert worden. Wenn die Museen eine „schwarze Null“ erwirtschafteten, sei dies Ausdruck großer Anstrengungen und hieße nicht, dass alle Probleme gelöst seien. Es gehe weiterhin darum, das in den Museen vorhandene Potenzial zu entwickeln. Dies könne auch einen gezielten Ausbau bedeuten, für den mehr Investitionen aus ihrer Sicht nicht ausgeschlossen sein dürften.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erklärte, selbstverständlich würde er ausgeglichene Haushalte begrüßen. Er stimme den Vorrednern auch darin zu, dass die Museen ihren Bedarf nicht unbegrenzt ausdehnen könnten. Dennoch müssten die Gründe für die Unterfinanzierung thematisiert werden. Strukturelle Probleme, die sich darin äußerten, dass die Häuser für ihren Normalbetrieb eine bestimmte Summe benötigten, die sie nur erreichten, wenn zeitweise Schließungen, etwa der Galerie der Gegenwart, vorgenommen würden, gäben Anzeichen dafür, dass eine Krisensituation vorläge. Diese könne nicht einfach übergangen werden. Bisher sei keine ausreichen-

de Transparenz dahingehend hergestellt worden, ob sich die Museen wirklich in Gänze darstellen könnten. Er bezweifle dies und befürchte, dass diese an sich sehr attraktiven Orte mit ihren Möglichkeiten aufgrund der Beschränkung auf die „schwarze Null“ nicht zur Geltung kämen. Ein Zustand dieser Art hätte fatale Folgen.

Die SPD-Abgeordneten merkten an, die Diskussionsführung fänden sie nicht angemessen. Ihnen fehlten die Differenzierungen und aus der nicht angebrachten Zuspitzung auf das Controlling zu schließen, dass andere Überlegungen nicht ernst genommen würden, sei genauso fatal wie das Gegenteil. Sie hätten sich während des Wahlkampfes dagegen ausgesprochen, dass teilweise unrealistische Anforderungen an die Museen gestellt worden seien, die mit der bestehenden Mittelausstattung nicht erfüllt werden könnten. Zu den Besucherzahlen wandten sie ein, Umbauten führten zwangsläufig dazu, dass weniger Besucher kämen – dieser Effekt dürfe den Museen nicht negativ angelastet werden. Genauso seien Sonderausstellungen wünschenswert, aber nicht in dem Maße finanzierbar, wie es den Vorstellungen der Museen entspreche. Daraus könne jedoch nicht geschlussfolgert werden, dass den Häusern jegliche Grundlage für ihre Arbeit entzogen würde. Gegen diese Art von Diskussionen sprachen sie sich ausdrücklich aus und regten stattdessen an, der Ausschuss möge ernsthaft überlegen, welche Ausstattung den Museen gutes Wirtschaften ermögliche. Zudem müsse ein angemessenes Controlling umgesetzt werden. Sie appellierten abschließend, gemeinsame und konstruktive Überlegungen in diese Richtung zu vollziehen.

Ergänzend kritisierten sie, die Haltung des Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE sei nicht ausreichend an den Realitäten der Stadt orientiert. Er strebe einen nicht erreichbaren Zustand an und trage nicht dazu bei, dass eine zukunftssichere Ausrichtung für die Historischen Museen gefunden werde.

Die GAL-Abgeordneten schlossen sich diesen Ausführungen an und verwiesen auf die im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 3.3 „Kulturbehörde“ im Kulturausschuss vorgelegte Protokollerklärung (siehe Stellungnahme des Kulturausschusses über die Drs. 20/700, enthalten im Bericht des Haushaltsausschusses Drs. 20/1400, Band 4, PE Nr. 3-3.3-2). Daraus gehe hervor, dass sich die Quote des Anteils der Kulturbehörde am Gesamthaushalt der Freien und Hansestadt Hamburg in den letzten 15 Jahren durchaus in einer angemessenen Größenordnung bewegt habe. Sicherlich könne Hamburg in dieser Beziehung nicht mit Berlin mithalten, aber im Vergleich mit anderen großen Städten stünde die Stadt gut dar. Auch wenn ihre Wünsche für den Kulturbereich ebenfalls sehr viel größer seien, müssten die Relationen gesehen werden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE entgegnete, er habe keine Horrorszenarien, sondern konkrete Punkte ausgeführt. Diese müssten in die Überlegungen, wo Einsparungen vorgenommen würden, mit einbezogen werden und vor dem Hintergrund der daraus erwachsenden Konsequenzen – die in einer Einschränkung des kulturellen Genusses, wie durch die vierteljährliche Schließung der Galerie der Gegenwart geschehen, bestünden – gesehen werden.

Die GAL-Abgeordneten traten der Behauptung, die Galerie der Gegenwart sei zeitweise geschlossen gewesen, entschieden entgegen. Es sei vielmehr so gewesen, dass die Galerie nur von innen erreichbar gewesen sei. Insofern seien die Darstellungen in der Presse nicht richtig gewesen. In diesem Zusammenhang warfen sie die Frage auf, ob es sinnvoll sei, wenn die Kunsthalle drei Eingänge unterhalte, obwohl sie sich bewusst seien, damit ebenfalls ein heikles Thema anzusprechen.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE widersprach den GAL-Abgeordneten und erklärte, die Schließung sei eine Tatsache gewesen. Er kündigte an, das Thema im Rahmen einer Schriftlichen Kleinen Anfrage weiter aufzuklären.

Die CDU-Abgeordneten schlugen vor, dass die Antwort zu Protokoll gegeben werde.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten, die Frage sei durch den Beitrag der GAL-Abgeordneten zutreffend aufgeklärt worden.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE erklärte, dieser Hinweis reiche ihm nicht aus. Er bezog sich des Weiteren auf die Seite 5 der Drs. 20/931 und wollte zu den aktuellen Investitionsbedarfen der SHMH wissen, warum trotz der bekannten Bedarfe zum Beispiel bei den Deichtorhallen keine Anmeldungen vorlägen. Er stellte fest, die Antwort entspreche nicht den im Haushaltsausschuss thematisierten Bedarfen.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter erwiderten, zwischen den Investitionsbedarfen und -wünschen müsse unterschieden werden. Sowohl innerhalb der SHMH als auch der Kulturbehörde sei die Ermittlung der notwendigen Investitionen eine Daueraufgabe. Zugleich werde versucht, den Bedarf im Rahmen der vorhandenen Haushaltsansätze zu decken. Sie räumten ein, die Ermittlung der tatsächlich vorhandenen Investitionsbedarfe in der genauen Höhe würde zudem ein Finanzierungsproblem verursachen, weil bereits die bloße Ermittlung Planungskosten erfordere, die nicht zur Verfügung stünden. Aus diesem Grund würden die notwendigen Investitionen Prioritäten wie Brandschutz oder Verkehrssicherheit beziehungsweise Behebung von den Betrieb beeinträchtigenden baulichen Mängeln folgend umgesetzt. Derzeit würden die Investitionsbedarfe konkreter ermittelt, wobei eine dezidiertere Erläuterung, als die bereits während der Beratungen zum Haushaltsplan-Entwurf 2011/2012 gegebene, nicht möglich sei.

Der Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE widersprach und zitierte die Antwort: „Gegenwärtig haben die Stiftungen keine aktuellen Investitionsbedarfe angemeldet.“ Diese Aussage sei deshalb falsch, weil der Investitionsbedarf zum Beispiel für die Deichtorhallen bereits bekannt gegeben worden sei. Er unterstrich, die Feststellung des Investitionsbedarfs sei für die Abarbeitung des Investitionsrückstaus eine sehr wichtige Voraussetzung.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter hielten dagegen, die Deichtorhallen gehörten als Ausstellungshaus nicht zu den Museen. Gleichwohl stünden sie zu diesem Beispiel und führten aus, aktuelle Investitionsbedarfe lägen tatsächlich nicht vor. Aus den Häusern lägen dagegen sehr wohl zum Teil seit Jahren konkrete Wünsche im investieren Bereich vor. Darüber hinausgehende Bedarfe gebe es derzeit nicht. In den nächsten Jahren müsse der Investitionsbedarf im Kulturbereich im Zusammenhang mit dem Gesamtkontext der Investitionsbedarfe der Stadt im Hinblick auf die Realisierung betrachtet werden. Diese seien so groß, dass nicht davon ausgegangen werden könne, dass der Investitionsstau im Kulturbereich in vollem Umfang abgedeckt werden könne.

III. Ausschussempfehlung

Der Kulturausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, von der Drs. 20/931 sowie der Selbstbefassung mit dem Thema: „Konzept Stiftung Historische Museen Hamburg (SHMH) sowie Eckpunktepapier SHMH der Kulturbehörde“ Kenntnis zu nehmen.

Gabi Dobusch, Berichterstattung